

Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 22

02.06. bis 08.06.2025



V.l.: LA Gabi Madersbacher und KO Markus Sint (beide Liste Fritz) halfen den Anrainern Werner Summerer und Mag. Bernhard Jochum, ihre Standpunkte zum Ausbau der Gärtnerei Schiessling gegenüber der Presse klarzumachen.

Widerstand gegen Gärtnerei-Ausbau wächst

In Reith bei Brixlegg sorgt der geplante Ausbau der Gärtnerei Schiessling für Unruhe. Anrainer befürchten Gefahren für das Trinkwasser, da das betroffene Gebiet in einer sensiblen Wasserschutzzone liegt. Mit Unterstützung der LISTE FRITZ wird nun gegen die Pläne mobil gemacht.

BRIXLEGG/REITH Die Diskussion um den Ausbau der Gärtnerei Schiessling geht in die nächste Runde. Um sich mehr Gehör zu verschaffen, wandten sich die Anrainer nun an die Liste Fritz. Gemeinsam wollen sie den Ausbau der Gärtnerei verhindern: Die in Brixlegg ansässige Gärtnerei Schiessling möchte einen Teil des benachbarten Feldes im Gemeindegebiet von Reith pachten, um darauf zwei Folientunnelhäuser zu errichten. In der ersten Gemeinderatssitzung zu diesem Thema stimmte der Gemeinderat von Reith einstimmig für die Flächenumwidmung. Nach Stellungnahmen von Anrainern musste der Gemeinderat das Thema erneut behandeln. Zwar gab es nun einige Zweifel bei den GR, die ursprüngliche Freigabe blieb aber bestehen.

Zum Artikel: <https://www.rofankurier.at/offcanvas-news-lokales-kufstein/6639-reith-gruenes-licht-fuer-gaertnerei-schiessling>

Selbst is der Nachbar

Grund genug für die Anrainer, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Dabei suchten sie Unterstützung bei der Liste Fritz: Zusammen mit **KO Markus Sint** und **LA Gabi Madersbacher** luden Mag. Bernhard Jochum und Werner Summerer als Vertreter der Anrainer die Medien zu einem Pressegespräch ein. Dabei trugen sie ihre größten Bedenken vor. Den wohl wichtigsten Punkt erklärte Mag. Bernhard Jochum: Das Feld, auf dem die geplanten Folientunnelhäuser entstehen sollen, sowie die Häuser der Anrainer befinden sich in der Zone II eines Wasserschutzgebiets...

Da es sich um einen Bereich um eine Trinkwasserquelle handelt, darf hier grundsätzlich nichts versickern. Die Anrainer dürfen beispielsweise ihre Autos nicht vor der eigenen Haustür waschen. Auch das Regenwasser von ihren Dächern wird in einen speziellen Kanal abgeleitet. Umso größer ist die Verwirrung darüber, wie dann einer Gärtnerei die Zusage für einen Ausbau erteilt werden kann: "Die Gärtnerei soll Düngen und Gießen dürfen, aber wir müssen auf jede Kleinigkeit achten", heißt es von Bernhard Jochum. In der damaligen Gemeinderatssitzung im April hieß es zwar, dass alles in Ordnung sei, solange die Gärtnerei die Auflagen der Gutachter befolgt, für einige Gemeinderäte war das jedoch nicht ausreichend. Es seien zu viele Auflagen, die nicht alle eingehalten werden könnten, meinte etwa GR Johann Wegscheider (MfR). Die Stellungnahmen der Anrainer liegen nun beim Land Tirol, von dem sie sich Unterstützung erhoffen.

Betriebsbesuch in Polling



Betriebsbesuch: „SFS Fluidsysteme“-GF Franz Staudacher mit „LF-Klubobmann Markus Sint, Bezirkssprecher Robert Greil und Landesgeschäftsführerin Anita Heubacher (v. l.).

Foto: Liste **Fritz**

(GeSch) „Liste **Fritz**“-Klubobmann Markus Sint, Innsbruck-Land Bezirkssprecher Robert Greil und Geschäftsführerin Anita Heubacher verschafften sich kürzlich bei der Firma „SFS Fluidsysteme GmbH“ in Polling einen Einblick in die Arbeitswelt eines international erfolgreichen Tiroler Familienunternehmens. Geleitet wird der Betrieb in zweiter Generation von Michael, Franz und Hansjörg Staudacher. Mit 67 Mitarbeitern pro-

duziert das Unternehmen hochwertige Fluidsysteme, also alles, was mit Druckluft zu tun hat. Exportiert werden die Produkte in die ganze Welt, 60 Prozent gehen nach Deutschland. „Ich habe hier einen kerngesunden Betrieb mit motivierten und bestens ausgebildeten Mitarbeitern kennengelernt, dazu eine Chefetage, die mit Engagement, Leidenschaft und Weitsicht ihr Unternehmen leitet“, so Markus Sint nach der Führung.

Nach 13 Jahren kommt das WC im Waltherpark zurück

Bis 2012 war ein Kiosk und eine WC-Anlage beim Waltherpark etabliert. Es folgten Petitionen, Gemeinderatsanträge und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger für die Installation eines öffentlichen WCs im Waltherpark. Unter anderem machten sich Lorenz Jahn, Mesut Onay, Gerald Depaoli, Elisabeth Mayr, Renatus Leimgruber ebenso wie der Verein Vogelweide sowie eine Online-Petition für einen Ort, „an dem alle Menschen gleich“ sind, für eine WC-Anlage im Waltherpark stark. Nach 13 Jahren ist es bald so weit.

Umsetzung kommt

Die Alternative Liste Innsbruck (ALI), „Das Neue Innsbruck“ (TURSKEY) und die Liste FRITZ (FRITZ) haben am 21.05.2025 eine dringende Anfrage eingebracht. In der Anfragenbeantwortung wird mitgeteilt: „Die WC-Anlage im Waltherpark wurde beauftragt und bestellt. Abhängig vom Erhalt des Baubescheides durch die Baubehörde und der Lieferzeit für die WC-Anlage kann von einer Inbetriebnahme wahrscheinlich Mitte Oktober/November 2025 ausgegangen werden.“



Im Oktober oder November 2025 soll das öffentliche WC im Waltherpark endlich Realität sein.

Foto: MeinBezirk



Während die Stadtregierung den ESC in Innsbruck austragen will, ist die Opposition uneinig.

Foto: MeinBezirk Archiv

Gemeinderat streitet über Kosten und Chancen des ESC

Dass der ESC sehr wohl politisch ist, zeigen die Meinungen im Gemeinderat. „Kann und soll sich Innsbruck den Song Contest (ESC) leisten?“ – war die Frage der letzten aktuellen Stunde im Gemeinderat, ausgewählt durch die Liste Fritz. Die Meinungen gingen stark auseinander. Eindeutig für Innsbruck als Austragungsort des ESC 2026 ist die Stadtregierung. Besonders Bürgermeister Anzengruber rechnet mit „wirtschaftlichem

Rückenwind“ durch den ESC. Überraschende Unterstützung aus der Opposition erhält die Regierung von Markus Stoll (Neues Innsbruck). Weniger enthusiastisch zeigen sich Andrea Haselwanner-Schneider (Liste Fritz) und Evi Kofler (ALi). Sie weisen darauf hin, dass noch viele Fragen offen sind. Strikt dagegen sind hingegen Pia Tomedi (KPÖ) und Fabian Walch (FPÖ). Sie halten den ESC für ein „teures Prestigeprojekt“. (mch)

Anfragebeantwortung bestärkt Hotel-Kritiker

GOING. Wie berichtet hat die Liste Fritz eine umfangreiche Anfrage an LH Anton Mattle, LH-Stv. Josef Geisler und LR Mario Gerber zum geplanten Großhotel auf einer landwirtschaftlichen Vorbehaltsfläche in Going eingebracht. "Die Antworten sind unbefriedigend und feig, man drückt sich um klare Antworten herum", berichtet Fritz-Klubobmann Markus Sint.

LG Gerber und LH Mattle sehen sich als nicht zuständig und verweisen auf LH-Stv. Geisler, in dessen Zuständigkeit die Causa falle.

Geisler antwortete

Geisler geht in seiner Beant-

wortung auf einige Teilaspekte der Anfrage ein. Er betont, dass die Gemeinde Going bis dato keinen Antrag auf Herausnahme (aus der Vorsorgefläche, Anm.) eingebracht habe, daher sei auch kein aufsichtsbehördliches Genehmigungsverfahren anhängig. Die Vorsorgefläche wurde übrigens im Mai 2020 von der Landesregierung festgelegt.

Aus der Beantwortung geht auch hervor, dass in Going aktuell so viele Gästebetten verfügbar seien wie zuletzt 2010 (Winter: 2.225, Sommer: 2.311). „Going hat also nicht zuwenig Betten, weshalb kein Grund für ein neues Großhotel vorliegt“, so Sint. (niko)



Clemens Perktold
redaktion@meinbezirk.at

KOMMENTAR

Hotelprojekt bleibt auf dem Prüfstand

Die Pläne des Ötztaler Hoteliers Sigurd Kleon stoßen in Oetz auf wenig Gegenliebe. Zu groß, zu viele Betten, zuviel Grundverbraucht und zu wenig Transparenz wird moniert. Rund 500 Unterschriften haben Dorfbefei Hansjörg Falkner dazu bewogen, einen Informationsabend zu organisieren. Ob dieser am Montag dieser Woche, also nach Redaktionsschluss, alle dringenden Fragen restlos beantwortungen konnte, bleibt abzuwarten. Der Widerstand in der Ötztaler Gemeinde wächst aber derzeit und bis dato ist es nicht gelungen, die kochende Volksseele zu beruhigen. Nicht zuletzt sind es die zahlreichen Personalwohnungen, die Nährboden für Spekulationen sind. Im Moment ist das Raumordnungs- und Widmungsverfahren abgeschlossen, neben den 500 Unterschriften sind vier weitere Stellungnahmen eingegangen, davon drei von Oetzzer Gemeinderäten. Ende Juni wird dann der Gemeinderat in Oetz über die Widmung entscheiden und die Stellungnahmen zum geplanten Luxushotel entsprechend bewerten. Es bleibt also durchaus spannend im Oberländer Touristental.

Viele Fragen zum

Der geplante Hotelbau im Oetzter Ortsteil Schrofen sorgt weiter für rege Diskussionen - auch beim Infoabend.

VON CLEMENS PERKTOLD

OETZ. Wie berichtet, plant der Venter Hotelier Sigurd Kleon eine großzügige Hotelanlage am sogenannten Schrofen oberhalb von Oetz zu errichten. Das Hotel soll 150 Betten auf sieben Etagen umfassen, dazu eine Tiefgarage samt Personalwohnungen, eine Reithalle mit Stallungen und einen Parkplatz. Insgesamt sind über 52.000 Kubikmeter umbauter Raum und insgesamt über 11.000 Quadratmeter Bodenerstellung vorgesehen. Der Oetzter Gemeinderat segnete das Projekt am 26. März dieses Jahres mit einer Mehrheit ab. Rund 500 EinwohnerInnen der Ötztaler Gemeinde unterschrie-



Am Ortsteil Schrofen oberhalb von Oetz ist die Luxus-Hotelanlage mit 150 Betten samt Infrastruktur geplant.

Foto: Privat

ben daraufhin eine Petition, die eine „Redimensionierung“ der Anlage und mehr Transparenz in den Entscheidungsprozessen einforderte. Bürgermeister Hansjörg Falkner terminisierte in der Folge einen Infoabend, der über die genauen Modalitäten des Projektes informieren soll. Ein Oetzter Unternehmer, dessen Frau bei den örtlichen Bergbahnen im

Service arbeitete und nun zwei Tage nach einem kritischen Mail doch nicht mehr eingestellt wird, ortet einen Akt der Willkür. „Meine Frau bekam nach der Saison eine Wiedereinstellung-Garantie für das AMS und musste zwei Tage, nachdem ich Bürgermeister Hansjörg Falkner, der ja auch Aufsichtsrats-Vorsitzender der Bergbahnen ist, eine kritische Email

und einer Reithalle ist schlichtweg weit überdimensioniert für unseren kleinen Weiler. Ein Projekt mit einer angestrebten Auslastung von 250 Tagen im Jahr und über 50 Personalwohnungen wird unweigerlich zu mehr Lärm, Gestank und einem erhöhten Wasserverbrauch führen - was uns alle in der Gemeinde angeht. Ich plädiere dafür, dass wir eine Lösung finden, die sowohl

den Bedürfnissen der Gemeinde als auch der Anwohner gerecht wird. Vielleicht könnte anstelle eines Luxushotels auch leistbarer Wohnraum geschaffen werden, der den Bedürfnissen der Gemeinde besser entspricht. Lasst uns gemeinsam für eine nachhaltige und respektvolle Entwicklung unserer Heimat eintreten, die auch die besorgten Stimmen der Anwohner berücksichtigt.

Luxushotel



So soll das künftige Fünf-Steme-Hotel aussehen.

geschickt hatte, ihre Kündigung zur Kenntnis nehmen“, meint der Oetzter empört. Bgm. Hansjörg Falkner: „Das ist reiner Zufall, ich habe mit der Sache nichts zu tun und auch nichts davon gewusst.“ Zusätzlich zum wirtschaftlichen Risiko sehen Kritiker hohe Kosten für die Allgemeinheit. Das Projekt erfordert umfassende Investitionen in Wasser-, Verkehrs- und

Infrastruktur. Liste Fritz-Obmann Markus Sint warnt: „Hier wird öffentliches Geld verbaut, ohne dass der Nutzen für die Gemeinde klar ist. Welchen regionalen Mehrwert soll das bringen?“ Bürgermeister Hansjörg Falkner erklärt dazu: „Ich hoffe, dass bis zur Widmung Ende Juni die wichtigsten Fragen geklärt werden. Für den Infoabend wurden mehr als 500 Einladungen verschickt. Dass man bei großen Hotelanlagen auch Personalwohnungen baut, ist nicht zuletzt dem Arbeitsmarkt geschuldet.“

UMFRAGE DER WOCHE

Die Umfrage zum Thema finden Sie auf MeinBezirk.at/lmst



LESERBRIEFE

Heimat-Ausverkauf

Leserbrief aus Oetz von Michaela Winkler, Kirchheim

Als Bewohnerin von Kirchheim-Schrofen und als jemand, der den bauerlichen Hof seiner Eltern übernommen hat, möchte ich meine Bedenken zu dem geplanten Projekt am Schrofen äußern. Das geplante Luxushotel mit 150 Betten, Personalwohnungen

PFINGST

NICHT VERGESSEN:

Am 8. Juni ist Valertag

-20

Am Südring wird Betongold geschürft

Entlang der Innsbrucker Hauptverkehrsschlagader erlebt die Immobilien-Spekulation Hochkonjunktur. Im Mischgebiet ist (fast) alles möglich, dringend benötigte Wohnungen werden zu touristischen Angeboten umfunktioniert.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Vor zwei Jahren hat die Landeshauptstadt Innsbruck den Wohnungsnotstand ausgerufen: zu wenig Angebot, zu hohe Immobilien- und Mietpreise und zu viel Leerstand. Warum Innsbruck ein Problem hat, zeigt die folgende Geschichte.

Am Südring herrscht rege Bautätigkeit, aber auch Spekulation mit Betongold. In ganzen Straßenfluchten wurden Anleger-Wohnungen errichtet, zugleich wird im Mischgebiet mit touristischen Angebotsmöglichkeiten wie Kurzzeitvermietungen (u. a. Airbnb) gewinnbringend spekuliert. So hat ein Unterländer Immobilienentwickler in zwei Etappen, nämlich 2013 und 2015, ein altehrwürdiges

die touristische Kurzzeitvermietung verwendet werden.

Das Angebot umfasst laut Bauansuchen neun Betten, ein vorgeschriebener Aufenthaltsraum ist ebenfalls vorgesehen. Allein mit einer Vermietung über die Buchungsplattform Airbnb lässt sich das Zwei- bis Dreifache an Einnahmen als bei einer Dauervermietung als Hauptwohnsitz erzielen.

Das Land Tirol hat 2019 eine Anzeige- und Registrierungs-pflicht für Unterkünfte eingeführt. Sie erfasst alle 22.000 Beherbergungsbetriebe sowie Hunderte Wohnungen. Verstöße dagegen werden geahndet. Innsbruck geht mit einer Taskforce gegen die illegale Vermietung vor. Zugleich wurden die gesetzlichen Regeln verschärft, in reinen Wohngebieten wird die touristische Vermietung nicht erlaubt.

Mischgebiet als Gold-Anker

Der Südring ist hingegen Mischgebiet, diese Widmung ermöglicht, dass Wohnheiten umfunktioniert werden können. Wie im Fall des vorhin erwähnten Hauses. Alle Voraussetzungen für die Vermietung wie die Raumreinigung in regelmäßig wiederkehrenden Zeitabständen sowie das Wechseln der Wäsche werden erbracht, eine Ansprechperson kann durchgehend kontaktiert werden.

Schlussendlich hat die Stadt dafür grünes Licht gegeben. „Die seitens der im Ermittlungsverfahren beigezogenen Amtssachverständigen erstatteten Stellungnahmen sind schlüssig und nachvollziehbar“, heißt es in dem Bescheid. Das durchgeführte Ermittlungsverfahren habe zusammenfassend ergeben, dass das Bauvorhaben den bau- und raumordnungsrechtlichen Vorschriften entspreche.

Damit wurden allerdings wieder drei Wohnungen dem angespannten Wohnungsmarkt entzogen.

„Das durchgeführte Ermittlungsverfahren hat ergeben, dass das Bauvorhaben den bau- und raumordnungsrechtlichen Vorschriften entspricht.“

Stadt Innsbruck

Gebäude am Südring erworben. Um zwei Millionen Euro. In dem mehrgeschossigen Bau befinden sich Geschäftslokale und Wohnungen, einige davon stehen leer.

Tourismus statt Wohnen

Im Frühjahr 2025 wurde das städtische Bauamt mit einem Antrag auf Verwendungszweckänderung von drei Wohnungen konfrontiert. Das gegenständliche Grundstück ist rechtskräftig als „allgemeines Mischgebiet mit eingeschränkter Baulandbezeichnung“ gewidmet. Die Eigentümer haben um die Erteilung der Baubewilligung für die Verwendungszweckänderung angesucht: Die Wohneinheiten sollen künftig für



Am Südring herrscht Goldgräberstimmung. Anlegerwohnungen und Wohnraum, der für touristische Zwecke genutzt wird, sorgen für hohe Renditen. Foto: Rita Falk

Leerstand: SP rätselt, Opposition ist sauer

Innsbruck – Wie viele Wohnungsleerstandsmeldungen für 2024 im Magistrat der Landeshauptstadt eingelangt sind, darüber kann aktuell bestenfalls geraten werden. Wie berichtet, schweigen sich Innsbrucks Bürgermeister **Johannes Anzengruber** (JA) und Wohnungsreferent **Georg Willi** (Grüne) neuerdings dazu aus. Die Melde-Frist lief bereits Ende April ab.

Der Koalitionspartner auf Stadt-Ebene – die SPÖ – kann diese Info-Politik nicht

nachvollziehen, wie Stadtparteichef **Benjamin Plach** gegenüber der *TT* bestätigt. Koalitionsintern werde man hier bei Anzengruber anknöpfen. Für Plach erschließt sich nämlich nicht, worin in einer Veröffentlichung dieser Daten „das große Problem liegen soll“. Keinen Diskussionsbedarf gibt es indes für Plach hinsichtlich der Fortführung der Leerstandsabgabe. Das Land stellt dies den Gemeinden mit der verschärften Novelle ab 2026 bekanntlich wieder frei: „Für

uns alle ist klar, dass Innsbruck den vollen gesetzlichen Rahmen ausschöpfen muss.“ Anzengruber und Willi hatten selbiges gegenüber der *TT* offengelassen.

In den Reihen der Opposition sorgt das bürgermeisterliche Schweigen für Fassungslosigkeit. „Es geht hier nicht um parteitaktische Spielchen, sondern um die drängende Frage, wie wir gemeinsam die Wohnungsnot in Innsbruck bekämpfen“, bezeichnet Liste-Fritz-Chefin **Andrea Haselwanter-**

Schneider Anzengrubers Haltung als „nicht akzeptabel“ und „weiteres Beispiel für die Hinterzimmer-Politik“. Für NEOS-Landtagsabgeordnete **Susanna Riedlperger** zeige sich einmal mehr, dass die Leerstandsabgabe nichts bringe: „Die Stadt mauert, obwohl klar ist, dass die Zahl der Meldungen massiv rückläufig ist.“ Grünen-Mandatarin **Zeliha Arslan** kritisiert, dass das Land die Gemeinden „im Kampf gegen Leerstand allein lässt“. (*mami*)

Sagen Sie nicht einfach Schließfach!

Für Gepäck oder Pakete: Die ÖBB hat mit „multifunktionalen“ Schließfächern ihr Angebot erweitert.

Von Eva-Maria Hörtnagl

Innsbruck – Ob Koffer, Ski-ausrüstung oder Reisetasche: Am Innsbrucker Hauptbahnhof bietet das neue Schließfachsystem mehr, als nur Reisegepäck aufzubewahren. Wer nämlich am Weg zum Zug ist, kann jetzt auch direkt am Bahnhof Pakete empfangen oder retournieren.

„Die früheren Schließfächer waren am Ende ihrer Lebensdauer angelangt“, erklärt Christoph Gasser-Mair, Pressesprecher der ÖBB für Tirol und Vorarlberg, bei der Vorstellung des neuen Systems am Montag. Deshalb habe man sich entschlossen, österreichweit zu einem neuen Sys-

tem überzugehen, das mehr kann, als ein reines Schließfach zu sein.

„Es ist eine super Ergänzung, wenn man an den Bahnhöfen auch die Paketempfänger und Empfängerinnen abholen kann“, erklärt Dominic Allram, Geschäftsführer der Firma Tampuri, die das Projekt betreibt. Pakete könne man einfach online umleiten lassen. Je nach Paketdienst sei auch eine Retournierung möglich.

Bedarf für Fächer vorhanden

Wer ein Schließfach buchen will, kann dies direkt vor Ort über das Display und über das Handy tun. Eine Reservierung vorab sei ebenfalls möglich.

Auch seh- oder mobilitätsbeeinträchtigte Menschen können die Schließfächer problemlos nutzen.

Was das Fach kostet, ist von der Nutzungsdauer und von der Fachgröße abhängig. Das kleinste Fach mit der geringsten Dauer kostet 2 Euro für drei Stunden, 2,50 Euro für 24 Stunden. Für das große Skifach hingegen müsse man 6 Euro für drei Stunden und 12 Euro für 24 Stunden lockermachen.

Der Bedarf für Schließfächer sei jedenfalls vorhanden: Deshalb hat man die Anzahl der Fächer jetzt von etwa 160 auf 190 erhöht. Seit der Eröffnung des österreichweit 11. Standorts Mitte Mai habe es bereits 1300 Buchungen gegeben.

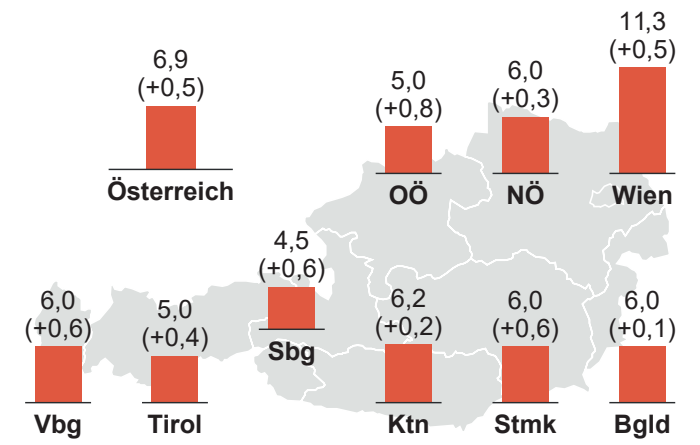


Geschäftsführer Dominic Allram (l.) und Paul Hecht vom Projektmanagement demonstrieren, wie die neuen Fächer funktionieren. Foto: Eva-Maria Hörtnagl

Kautiön und Wohnung weg

Innsbruck – Nach der Polizei warnt auch die Österreichische Hochschülerchaft (ÖH) vor dreisten Betrügnern. Diese geben vor, Vermieter einer Wohnung zu sein, und fordern Vorauszahlungen von Kautiön und Mieten. „Der Wohnungsmarkt in Innsbruck ist angespannt, genau das nutzen Kriminelle schamlos aus“, erklärt ÖH-Vorsitzende Sophia Neßler. Demnach würden sogar Besichtigungstermine in „präparierten“ Wohnungen abgehalten. Besonders zu Semesterende nehme das Angebot an Wohnungen und WG-Zimmern zu und somit die Fälle von Kautiönsbetrug. (*hoev*)

Arbeitslosenquote nach Bundesländern
Mai 2025 in Prozent, Veränderung zum Vorjahr



AMS-Quote: Arbeitslose in Prozent des Arbeitskräftepotenzials (Arbeitslose + unselbstständig Beschäftigte)
Quelle: AMS; Grafik: Austria Presse Agentur **APA**

Keine positive
Trendwende
am Job-Markt

„Die Arbeitslosigkeit steigt weiter an“, sagt Johannes Schranz vom AMS Tirol. Fast 21.000 Menschen sind hierzulande auf Jobsuche.

Innsbruck – Die anhaltende Wirtschaftsflaute treibt die Arbeitslosenzahlen weiter in die Höhe. Ende Mai waren österreichweit 375.347 Personen beim Arbeitsmarktservice (AMS) arbeitslos oder in Schulung gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist das eine Zunahme von 6,9 Prozent. Die Arbeitslosenrate erhöhte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 6,9 Prozent. Die Zahl der Jobsuchenden steigt in Österreich seit April 2023. Für heuer erwarten die Wirtschaftsforscher von Wifo und IHS noch ein drittes Rezessionsjahr und mehr Arbeitslose.

Mehr Arbeitslose in Tirol

Auch in Tirol sind deutlich mehr Menschen auf Jobsuche. Ende Mai waren in Tirol 18.358 Personen arbeitslos vorgemerkt – ein Plus von 9,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. 2500 Menschen haben an Schulungsmaßnahmen teilgenommen (+9,5 Prozent). „Die Rezession hinterlässt weiterhin Spuren am Tiroler Arbeitsmarkt und bildet sich besonders deutlich im Anstieg der Langzeitbeschäftigungslo-

sigkeit ab. Eine Trendwende ist angesichts der aktuellen Datenlage noch nicht in Sicht“, sagt Johannes Schranz, stellvertretender AMS-Chef Tirols.

Zweitniedrigster Wert

Trotz deutlich mehr Jobsuchenden hat Tirol im Bundesländervergleich mit 5,0 Prozent hinter Salzburg die



„Die unsichere Situation im Welthandel wirkt sich auch auf den Tiroler Arbeitsmarkt spürbar aus.“

Johannes Schranz
(AMS Tirol)

zweitniedrigsten Arbeitslosenzahlen. Die Arbeitslosigkeit ist mit wenigen Ausnahmen in fast allen Branchen höher als im Vorjahr. Die Anzahl der offenen Stellen liegt spürbar unter dem Vorjahresniveau. Erneut sind Frauen stärker betroffen als Männer. In fast allen Bezirken gibt es einen Negativ-Trend. Nur in den Bezirken Reutte und Landeck gibt es weniger Jobsuchende als im Vorjahr. „Die unsichere Situation im Welthandel wirkt sich auch auf den Tiroler Arbeitsmarkt spürbar aus. Die Unternehmen, insbesondere in der Warenherstellung, halten sich mit Neueinstellungen zurück. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter an“, konstatiert Schranz. (sas)

JOB-DATEN

↑ 330

Es gibt fast 19 Prozent oder 330 mehr Langzeitarbeitslose in Tirol.

↓ 1089

Die Zahl der offenen Lehrstellen ist um 15,1 Prozent auf 1089 gesunken.

↑ 349.000

So viele Menschen sind derzeit in Tirol unselbstständig beschäftigt.

„Auch Trump wird Börsen
nicht auf Dauer bremsen“

Wiens Börse-Chef Christoph Boschan zu „unschlagbaren“ Aktien, Ruhe bei Turbulenzen und Österreichs zu teurem Pensionssystem.

Von Alois Vahrner

Innsbruck, Wien – Kaiserin Maria Theresia hatte die Wiener Börse 1771 als eine der weltweit ersten Wertpapierbörsen gegründet. Und von wegen verschlafen: Heute liege Wien im guten Mittelfeld der EU-Börsen, so Boschan zur *TT*. Die Börse Prag gehört zur Gruppe, außerdem versorgt die Wiener Börse als Infrastruktur-Anbieterin die Märkte Kroatien, Österreich, Slowenien, Tschechien und Ungarn mit dem Börse-Handelssystem und ergänzenden IT-Dienstleistungen.

„Aktien, was denn sonst?“

Der gebürtige Deutsche ist glühender Verfechter von Aktien-Investments, ungeachtet aller Zoll-Turbulenzen und Krisen. „Natürlich Aktien, was denn sonst?“ Auch wenn die Kurse zwischenzeitlich wie bei Donald Trumps Zoll-Drohungen einmal abrutschen, ändere das nichts an der Aussage: „Die Rendite von Aktien war auf längere Sicht stets mindestens doppelt so hoch wie aller anderen, und das wird auch so bleiben.“

Im 100-Jahres-Vergleich hätten Aktien im Jahr inflationbereinigt um 5,3 Prozent an Wert gewonnen und damit weit mehr als Immobilien (2,4 Prozent), Staatsanleihen (2 Prozent) oder Rohstoffe (0,5 Prozent), sagt Boschan. Wenn es an den Börsen mal nach unten gehe, und das gehöre dazu, dann sollte man „ruhig bleiben und keinesfalls erratisch irgendwelchen Trends hinterherlaufen“.

Ein Donald Trump sorge natürlich dafür, dass die Märkte immer wieder nach unten ausschlagen. Auch wenn sie im Waren-Außenhandel ein dickes Minus einfahren, seien die USA „ein Gigant beim Service- und Dienstleistungsexport und fundamental auf Kapital-Importe angewiesen“, so Boschan. Auch die USA profitierten von der globalen Arbeitsteilung. Daher werde Trump seine Lektion bekommen, dass er nicht gegen Grundgesetze des Marktes agieren und so auch die Bör-



Wiens Börse-Chef Christoph Boschan rät AnlegerInnen, auch bei Kursturbulenzen cool zu bleiben. Foto: APA/Schlager

sen nicht auf Dauer einbremsen könne.

Für Europa ist Boschan trotz aktueller Wirtschaftsflaute sehr optimistisch. Er verweist auf das 500-Milliarden-Investitionspaket in Deutschland und einen näherrückenden Schub nach einem Frieden in der Ukraine. Von alledem werde auch Österreich profitieren – wie auch von der Großfusion der OMV mit Borealis mit Zentrale in Wien und einer Kapitalisierung von 40 bis 60 Mrd. Euro.

30 Prozent haben Aktien

Die Beteiligung an Unternehmen sei „der Kern des Wohlstandes“. Dass sich jeder hier am Erfolg jedes börsennotierten Unternehmens beteiligen könne, sei eigentlich „ein absolut sozialistischer Ansatz“. Als „Ossi“ wisse er, dass das die Kommunisten im Ostblock auf andere, untaugliche Weise versucht hätten.

Nahezu 30 Prozent der ÖsterreicherInnen haben bereits Wertpapiere, Tendenz weiter steigend, vor allem auch beim jüngeren Publikum, freut sich der Börse-Chef. Auch wenn es Luft nach oben gebe, ma-

che auch die Finanzbildung Fortschritte. Noch gebe es in Österreich einen hohen dreistelligen Milliardenbetrag an privatem Kapital, der oft kaum verzinst auf Konten, Sparprodukten oder schlicht in Bargeld geparkt sei.

Boschan hofft, dass es nach dem von ihm mehrfach kritisierten „Stillstand“ mit der neuen Dreierkoalition Schritte zu einer besseren Kapitalmarkt-Kultur geben werde. Er hofft etwa auf eine Steuerfreiheit von Kursgewinnen von Wertpapieren ab einer Behalterfrist von einem Jahr. Aktien seien in Österreich weiter diskriminiert, weil das investierte Geld ja durch Einkommens-, Körperschafts- und Kapitalertragsteuer gleich mehrfach besteuert werde.

Für Österreich hätte Boschan ein Dreier-Rezept für einen großen wirtschaftspolitischen Wurf: die Gründung eines Staatsfonds wie in Norwegen, eine verpflichtende betriebliche Altersvorsorge wie in der Schweiz und eine private Vorsorge wie in Schweden. „Österreichs Pensionssystem ist im internationalen Vergleich überdurchschnittlich

teuer und gleichzeitig unterdurchschnittlich erfolgreich.“ Der Staat müsse in Österreich mit 14 Prozent des BIP in etwa doppelt so viel ausgeben wie vergleichbare Staaten wie die Niederlande oder Dänemark – und dort seien die Pensionen teils höher.

Börse-Zahlen

Wiens Börse-Leitindex ATX ist seit Jahresbeginn trotz Rezession und aller Turbulenzen um Donald Trumps Zollpläne um gut 20 Prozent gestiegen, der ATX inklusive Dividenden (für die Anleger noch relevanter) um etwa 23 Prozent.

Die Aktienumsätze legen heuer weiter kräftig zu, in den ersten vier Monaten dieses Jahres gab es ein Plus von 28,5 Prozent auf über 25 Mrd. Euro.

In Österreich lagen zuletzt nur etwa 7 Prozent des BIP in kapitalgedeckten Pensionsplänen, in Holland 213 und in Dänemark 231 Prozent.

Nach Betten-Kritik:
ÖVP kontert Sint

Innsbruck – Die Debatte um die Bettenobergrenze in Tirols Tourismus kocht weiter. Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint hatte zuletzt kritisiert, dass das Land nach Angaben des Verfassungsdienstes nicht kontrollieren dürfe, ob Großhotels die erlaubte Bettengrenze auch tatsächlich einhalten. Zuständig für die Kontrollen seien nämlich nur die jeweiligen Bürgermeister. Dass die Landesregierung die Betten-Obergrenzen vorgibt, sie aber nicht kontrollieren kann, sei „unsinnig und unglaubwürdig“, so Sint.

Aus Sicht der ÖVP habe die Liste Fritz mit der Kritik „jeglichen Bezug zur Realität verloren“, kritisiert VP-Tourismus-sprecherin Katrin Brugger. Sie stehe hinter dem Subsidiaritätsprinzip. „Politik soll immer dort gemacht werden, wo sie am besten aufgehoben ist. Bund und Land geben die Rahmenbedingungen vor, die Umsetzung erfolgt dann direkt vor Ort“, so Brugger. Daher sei es „nur konsequent, dass eine gewidmete Bettenanzahl für ein bestimmtes Projekt direkt von der Gemeinde kontrolliert wird“. (mas)



Millionenstrafen für Lieferdienste

Weil der Essenslieferdienst Delivery Hero, der in Österreich mit Foodora vertreten ist, ein illegales Kartell mit dem spanischen Tochter-Unternehmen Glovo gebildet hat, muss die deutsche Firma 223 Mio. Euro Strafe zahlen, teilte die EU-Kommission mit. Neben Preisabsprachen hätten Delivery Hero und Glovo vereinbart, keine Arbeitnehmer voneinander abzuwerben und Märkte aufzuteilen. Glovo muss 106 Millionen Euro Strafe zahlen.

Foto: APA/AFP/Thomas Coex

Viele Fragen rund um Hotelprojekt

2. Juni 2025, 11:38 Uhr



Redaktion
Clemens Perktold
[zu Favoriten](#) ⓘ



6

Bilder

Am Ortsteil Schrofen oberhalb von Oetz ist die Luxus-Hotelanlage mit 150 Betten geplant. Foto: Privat hochgeladen von **Clemens Perktold**

Der geplante Neubau im Oetzter Ortsteil Schrofen sorgt weiter für rege Diskussionen. Beim Infoabend am vergangenen Montag standen der Projektwerber samt Architekten und Raumplaner Rede und Antwort.

Leserbrief



OETZ. Wie berichtet, plant der Venter Hotelier Sigurd Kleon eine großzügige Hotelanlage am so genannten Schrofen oberhalb von Oetz zu errichten. Das Hotel soll 150 Betten auf sieben Etagen umfassen, dazu eine Tiefgarage samt Personalwohnungen, eine Reithalle mit Stallungen und einen Parkplatz.

Insgesamt sind über 52.000 Kubikmeter umbauter Raum und insgesamt über 11.000 Quadratmeter Bodenversiegelung vorgesehen.

Der Oetzer Gemeinderat segnete das Projekt am 26. März dieses Jahres mit einer Mehrheit ab.

Rund 500 EinwohnerInnen der Öztaler Gemeinde unterschrieben daraufhin eine Petition, die eine "Redimensionierung" der Anlage und mehr Transparenz in den Entscheidungsprozessen einforderte.

Hotelprojekt Oetz

Pikante Nebengeräusche

Bürgermeister Hansjörg Falkner terminisierte in der Folge einen Infoabend, der über die genauen Modalitäten des Projektes informieren soll. Ein Oetzer Unternehmer, dessen Frau bei den örtlichen Bergbahnen im Service arbeitete und nun zwei Tage nach einem kritischen Mail doch nicht mehr eingestellt wird, ortet einen Akt der Willkür.

"Meine Frau bekam nach der Saison eine Wiedereinstellungs-Garantie für das AMS und musste zwei Tage, nachdem ich Bürgermeister Hansjörg Falkner, der ja auch Aufsichtsrats-Vorsitzender der Bergbahnen ist, eine kritische Email geschickt hatte, ihre Kündigung zur Kenntnis nehmen", meint der Oetzer empört.

Bgm. Hansjörg Falkner: "Das ist reiner Zufall, ich habe mit der Sache nichts zu tun und auch nichts davon gewusst."

Gemeinde Oetz

Fragezeichen hinter Personalwohnungen

Zusätzlich zum wirtschaftlichen Risiko sehen Kritiker hohe Kosten für die Allgemeinheit. Das Projekt erfordert umfassende Investitionen in Wasser-, Verkehrs- und Infrastruktur. Liste Fritz-Obmann Markus Sint warnt: „Hier wird öffentliches Geld verbaut, ohne dass der Nutzen für die Gemeinde klar ist.“

Besonders die geplanten 50 Personalwohnungen sorgen für Stirnrunzeln. „Das zeigt: Es geht nicht um Beschäftigung für Einheimische. Welchen regionalen Mehrwert soll das bringen?“ fragt Sint.

Bürgermeister Hansjörg Falkner erklärt dazu: "Ich hoffe, dass bis zur Widmung Ende Juni die wichtigsten Fragen geklärt werden. Für den Infoabend wurden mehr als 500 Einladungen verschickt. Dass man bei großen Hotelanlagen auch Personalwohnungen baut, ist nicht zuletzt dem Arbeitsmarkt geschuldet."

Leerstand: SP rätselt, Opposition ist sauer

Innsbruck – Wie viele Wohnungsleerstandsmeldungen für 2024 im Magistrat der Landeshauptstadt eingelangt sind, darüber kann aktuell bestenfalls geraten werden. Wie berichtet, schweigen sich Innsbrucks Bürgermeister **Johannes Anzengruber** (JA) und Wohnungsreferent **Georg Willi** (Grüne) neuerdings dazu aus. Die Melde-Frist lief bereits Ende April ab.

Der Koalitionspartner auf Stadt-Ebene – die SPÖ – kann diese Info-Politik nicht

nachvollziehen, wie Stadtparteichef **Benjamin Plach** gegenüber der *TT* bestätigt. Koalitionsintern werde man hier bei Anzengruber anklopfen. Für Plach erschließt sich nämlich nicht, worin in einer Veröffentlichung dieser Daten „das große Problem liegen soll“. Keinen Diskussionsbedarf gibt es indes für Plach hinsichtlich der Fortführung der Leerstandsabgabe. Das Land stellt dies den Gemeinden mit der verschärften Novelle ab 2026 bekanntlich wieder frei: „Für

uns alle ist klar, dass Innsbruck den vollen gesetzlichen Rahmen ausschöpfen muss.“ Anzengruber und Willi hatten selbiges gegenüber der *TT* offengelassen.

In den Reihen der Opposition sorgt das bürgermeisterliche Schweigen für Fassungslosigkeit. „Es geht hier nicht um parteitaktische Spielchen, sondern um die drängende Frage, wie wir gemeinsam die Wohnungsnot in Innsbruck bekämpfen“, bezeichnet Liste-Fritz-Chefin **Andrea Haselwanter-**

Schneider Anzengrubers Haltung als „nicht akzeptabel“ und „weiteres Beispiel für die Hinterzimmer-Politik“. Für NEOS-Landtagsabgeordnete **Susanna Riedlperger** zeige sich einmal mehr, dass die Leerstandsabgabe nichts bringe: „Die Stadt mauert, obwohl klar ist, dass die Zahl der Meldungen massiv rückläufig ist.“ Grünen-Mandatarin **Zeliha Arslan** kritisiert, dass das Land die Gemeinden „im Kampf gegen Leerstand allein lässt“. (*mami*)

Nach Betten-Kritik: ÖVP kontert Sint

Innsbruck – Die Debatte um die Bettenobergrenze in Tirols Tourismus kocht weiter. Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint hatte zuletzt kritisiert, dass das Land nach Angaben des Verfassungsdienstes nicht kontrollieren dürfe, ob Großhotels die erlaubte Bettengrenze auch tatsächlich einhalten. Zuständig für die Kontrollen seien nämlich nur die jeweiligen Bürgermeister. Dass die Landesregierung die Betten-Obergrenzen vorgibt, sie aber nicht kontrollieren kann, sei „unsinnig und unglaubwürdig“, so Sint.

Aus Sicht der ÖVP habe die Liste Fritz mit der Kritik „jeglichen Bezug zur Realität verloren“, kritisiert VP-Tourismus-sprecherin Katrin Brugger. Sie stehe hinter dem Subsidiaritätsprinzip. „Politik soll immer dort gemacht werden, wo sie am besten aufgehoben ist. Bund und Land geben die Rahmenbedingungen vor, die Umsetzung erfolgt dann direkt vor Ort“, so Brugger. Daher sei es „nur konsequent, dass eine gewidmete Bettenanzahl für ein bestimmtes Projekt direkt von der Gemeinde kontrolliert wird“. (mas)

TIROL

THEMA
DES TAGES

tiroler@tirolerzeitung.at

DARUM MACHEN WIR ES ZUM THEMA

Heute ist der Internationale Hurentag. Er soll an die Diskriminierung von Prostituierten und ihre oft schwierigen Arbeitsbedingungen erinnern. In Tirol tut sich in diesem Bereich nach langem Ringen gerade etwas.

1975

BESETZTEN

Sexarbeiterinnen im französischen Lyon eine Kirche und traten in den Streik – das war der Ausgangspunkt der Hurenbewegung.

LEHRGÄNGE FÜR SEXUALASSISTENZ

Auf der Webseite des Berufsverbandes Sexarbeit Österreich (BSO) findet man Informationen zu Lehrgängen, die Sexarbeitende, aber auch Queereinsteigerinnen und -einstiege im Bereich Sexualbegleitung/Sexualassistenten schulen.

Es fehlt an Sexarbeitenden für

W as im Osten Österreichs bereits länger Realität ist, ist seit April – wie berichtet – jetzt auch in Tirol möglich: Sexualassistenten für volljährige Menschen mit Behinderung. Das bedeutet, dass es für Sexarbeitende nun möglich ist, auch außerhalb von Bordellen zu arbeiten. Solange ihre Klientinnen und Klienten pflegebedürftig sind bzw. eine Behinderung haben.

Die Anfragen dazu häufen sich schon länger – da war die Legalität noch gar nicht gegeben. „Die Nachfrage hat es immer gegeben, aber das Problem war, dass es illegal gewesen wäre“, heißt es dazu vom Verein Ibus (Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen). „Nein“, musste die Antwort noch bis vor Kurzem lauten, „in Tirol sind sexuelle Dienstleistungen ausschließlich im Bor-

Nach langen politischen Verhandlungen ist es nun erlaubt, dass für Menschen mit Behinderung sexuelle Dienstleistungen auch daheim angeboten werden dürfen. Doch nun tut sich ein neues Problem auf.

dell erlaubt.“ Doch gerade für Menschen mit Behinderung ist der Weg dorthin oft mit Hürden verbunden.

„Fraglich, ob Klienten in diesem Bereich Fuß fassen“

Jetzt aber nicht mehr, denn mit der Gesetzesänderung dürfen Sexarbeitende – wie eingangs erwähnt – auch zu Menschen mit Behinderung nach Hause bzw. in Pflegeeinrichtungen kommen.

Doch nun tut sich ein neues Problem auf: Es fehlt an Sexarbeitenden. „Im Osten Österreichs ist das ja schon länger möglich, deswegen haben wir Sexarbeitende von dort angeschrieben – doch die Antwort bekommen, dass sie keine Ressourcen

haben und auch die Anfahrt zu lange ist.“ Es gibt auch einige Sexarbeitende hierzulande, die sich für das Thema Sexualassistenten interessieren und bei Ibus nachfragen. „Ob unsere Klienten aber in dem Bereich Fuß fassen, wissen wir noch nicht.“

Doch was wird alles als Behinderung gesehen?

„Das Gesetz ist eben noch sehr neu. Aber wir klären auf. Hast du schon gehört? Seit April gibt es die Möglichkeit in Tirol, auch außerhalb genehmigter Betriebe für Menschen mit Behinderung Leistungen anzubieten.“ Ibus ist übrigens auch jener Verein, bei dem sich die Sexarbeitenden melden

müssen – nicht, so wie der erste Vorschlag gewesen wäre, beim Gemeindeamt.

Generell zeigt man sich erfreut über die neue gesetzliche Lage – es war eine lang bestehende Forderung seitens verschiedener Einrichtungen. Kritisch gesehen wird jedoch die Einschränkung auf „Menschen mit Behinderung“ – nicht zuletzt deswegen, weil fraglich ist, was alles als Behinderung gesehen werden kann. Doch immerhin, sobald jemand einen Behindertenausweis hat oder Leistungen wie etwa Pflegegeld bekommt, darf man Sexualassistenten in Anspruch nehmen.

Anders als etwa in Vorarlberg, wie eine Sprecherin

Menschen mit Behinderung

von Ibus aufzeigt, wo man eine Pflegestufe vier aufweisen muss. „Im Vergleich dazu ist es in Tirol super. Auch wenn wir es begrüßen würden, wenn Sexualhausbesuche generell erlaubt wären.“

Die Forderung besteht, weil Bordelle als einzige Möglichkeit, ihren Beruf auszuüben, Sexarbeitende in Bedrängnis bringen kann: „Klientinnen und Klienten berichten, dass in einigen Betrieben das Anbieten von ungeschütztem Oralverkehr von ihnen erwartet wird, was sowohl die Selbstbestimmung der Sexarbeitenden als auch ihre sexuelle Gesundheit erheblich gefährdet“, zeigt der Verein auf.

Hausbesuche zu erlauben, wäre auch kein Novum in Österreich, in anderen Bundesländern wie etwa Wien oder der Steiermark sind diese für sexuelle Dienstleistungen erlaubt. Nadine Isser



Besuche für sexuelle Dienstleistungen zu Hause: Für Menschen mit Behinderung ist das seit April auch in Tirol möglich.



Der Verein Ibus ist in der Schöpfstraße 19 in Innsbruck



Sexualassistenten zu legalisieren heißt, ein jahrzehntelanges Tabu zu brechen – über den Körper, Bedürfnisse und das Recht auf Nähe.

LA Zeliha Arslan (Tiroler Grüne)

Das Landespolizeigesetz wurde geändert. Es ist nun erlaubt, „sexuelle Dienstleistungen an volljährigen Menschen mit Behinderungen an deren privaten Räumlichkeiten sowie an volljährigen Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen oder in Alten-, Wohn- und Pflegeheimen, jeweils in deren privaten oder ihnen hierfür zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten“ anzubieten.

Menschen mit Behinderung sind dabei gesetzlich definiert: Sie müssen etwa Leistungen nach dem Teilhabegesetz, nach dem Pfl-

„Tirol geht endlich einen überfälligen Schritt“

Mit der Gesetzesänderung wird anderen Bundesländern gefolgt, die Forderung kam seitens der gesamten Opposition im Landtag.

geleistungsgesetz bekommen oder etwa einen Behindertenpass besitzen. Diese Definition lässt Raum für Kritik offen. Trotzdem zeigt man sich seitens der Opposition über die politische Entwicklung zuversichtlich: „Es ist geschafft, Tirol geht end-

lich einen überfälligen Schritt Richtung Selbstbestimmung und Würde für Menschen mit Behinderungen und pflegebedürftigen Menschen. Sexualassistenten zu legalisieren heißt, ein jahrzehntelanges Tabu zu brechen – über Körper, Be-

dürfnisse und das Recht auf Nähe. Für uns Grünen war es zentral, dass das Ergebnis im Sinne der Betroffenen gestaltet wird – und nicht ideologisch aufgeladen ist. Dass wir als Oppositionspartei maßgeblich daran mitarbeiten konnten, zeigt, dass poli-

tische Verantwortung nicht an der Regierung stündet. Dieser Beschluss ist ein wichtiger Beitrag zur Enttabuisierung von Sexualität im Alter und bei Behinderung“, erläutert LA Zeliha Arslan.

Zusammen mit der FPÖ, der Liste Fritz und den Neos hat sie bereits am 27. Juni 2024 einen Antrag betreffend „Selbstbestimmtes Leben sichern – Sexualassistenten ermöglichen!“ in den Landtag eingebracht. Darin wurde die Landesregierung aufgefordert, dem Beispiel Vorarlberg zu folgen, das kurz zuvor eine Lockerung des Sittenpolizeigesetzes beschlossen hat. Nadine Isser